Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Dresden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 295. | Dresden, Donnerstag den 19. Dezember 1918. | 29. Jahrg.

Vertrauensvotum für die Reichsregierung.

Auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte wurde in der Mittwochsitzung wiederum versucht, die Verhandlungen durch Abordnungen zu beeinflussen. Diesem Unterfangen der bolschewistischen Schieber wurde nunmehr dadurch die Spitze abgebrochen, daß beschlossen wurde, für Empfänge von Abordnungen einen andren Saal zur Verfügung zu stellen.

Durch einen weiteren Beschluß stellte der Kongreß der Reichsregierung ein unzweideutiges Vertrauensvotum aus, indem er einen Antrag mit gewaltiger Mehrheit annahm, bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung **die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt der Reichsregierung zu übertragen.** Dieser Beschluß ist deshalb von so großer Bedeutung, weil er geeignet ist, den Ueberganggzustand zu festigen und weil er in der Nationalversammlung die Instanz anerkennt, die berufen ist, die Regierungsgewalt endgültig zu ordnen. Hier schieden sich die Geister mit dem Schlachtruf: Hie Demokratie, hie Diktatur. Die Demokratie siegte unzweideutig: Der Antrag der Mehrheitssozialisten wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.

•

Der dritte Verhandlungstag.

Saal und Tribünen sind gut besetzt. Sie bieten ein ruhiges Bild. Leinert eröffnet die Sitzung um 9.25 Uhr. Die Geschäftsordnung wird zur Abstimmung gestellt und angenommen.

Es folgt die Beratung der gestern überreichten Anträge der Kameradschaften.

Ein soldatischer Vertreter Hamburgs führt aus: Die Mehrheit der Hamburger Kameraden stellt die gleichen Forderungen wie die Berliner. Doch ist es nicht möglich, diese Sachen in Bausch und Bogen zu erledigen. Es ist ein Unterschied zwischen dem 18jährigen Schnäpfel-Leutnant, der die Rekruten drangsaliert, und einem militärwissenschaftlich durchgebildeten Offizier. Wir haben aber beschlossen, daß der alte Offizier im 9. Armeekorps im Amte bleibt. (Sehr richtig!) Wir schlagen vor, daß die Anträge als Richtlinie betrachtet, die Einzelheiten den sechs Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats überlassen werden, die im Einvernehmen mit den Soldatenräten von Heer und Marine festgesetzt werden. Den kommandierenden General in Hamburg haben wir abgesetzt. Im übrigen ist der größte Teil der Offiziere des Generalkommandos als Verwaltungsorgan beibehalten worden.

Marinevertreter Tost: Der gestrige Vorgang ist auf die Stadtkommandantur zurückzuführen. Die Kameraden sind zu diesem Schritt getrieben worden. Die Anträge finden sicherlich Ihre Zustimmung. Die gestrige Erregung beruht wohl nur auf der Forderung der sofortigen Annahme. Kameraden! Ein Widerspruch dürfte gegen die Forderungen der Truppen von keinem Angehörigen der unteren Chargen namentlich gegen die Befehlgebung der Offizierabzeichen erhoben werden. Unliebsame Offiziere müssen verschwinden. Sonst hört die Unsicherheit überhaupt nicht auf. Wir müssen die Anträge annehmen.

Sahm, Vertreter der Ostfront: Wir hatten gestern den Eindruck, daß es sich um eine politische Demonstration handelte, nicht um die Betonung der Wichtigkeit der Forderungen. (Lebhafte Zustimmung.) Dagegen müssen wir uns wehren. Die Berliner stellen sich selber ein Armutszeugnis aus, daß sie sich nicht selbst helfen können. Wir haben viel erreicht. Weltbewegend sind die Anträge bis auf den ersten nicht. In Bausch und Bogen können wir sie nicht annehmen.

Vorsitzender Leinert teilt einen Zusatzantrag mit: Die Kommandogewalt in den Garnisonen liegt in den Händen der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte.

Voigt-Breslau: Im ganzen Reiche außer in Berlin sind die Anträge schon durchgeführt. Nur in Berlin scheint man über dem Reden das Handeln zu vergessen. Das Bild von gestern abend konnte uns keinen Respekt einflößen. Man soll nicht Sachen arrangieren, die gar zu sehr gemacht aussehen. Impulsiv aus der Masse der Berliner konnte die Demonstration nicht entstehen. Denn dazu ist die Mehrheit der Berliner Kameraden viel zu vernünftig. (Stürmische Zustimmung. Vereinzelter Widerspruch.) Was man in der Provinz hat durchsetzen können, muß auch in Berlin möglich sein. (Lebhafter Beifall.) **Präsident Leinert: Es ist noch ein Antrag eingegangen: Die oberste Kommandogewalt liegt in den Händen der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte.**

Däumig, Mitglied des Vollzugsrats Berlin:

Bei der Revolution sollte zunächst der Militarismus beseitigt werden. Die Spitze ist verschwunden, die Festigkeit erschüttert, aber sein Geist, seine Organisation sind noch sehr lebendig. Die Forderungen sind durchaus würdig gestellt worden. Wir sind in Berlin deshalb noch nicht so weit, weil wir immer bei den Volksbeauftragten auf Widerstand stoßen. Es bereitet sich wieder etwas vor. Die Volksbeauftragten erzählen uns von einem neuen Entwurf für die Volkswehr. Der Rat der Volksbeauftragten muß jetzt einen Kriegsminister einsetzen, der das Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte besitzt, und nachgeordnete Leute einsetzen, die vom neuen Geiste beseelt sind.

Es sind weitere Anträge eingegangen. **Ein Vertreter der Westfront:** Von der Westfront vermag kein Kamerad die Verantwortung für die Demobilisierung zu übernehmen. In den meisten Punkten sind wir mit den Berliner Kameraden einig. Es geht aber nicht, alle Offiziere abzusägen. Heute nachmittag findet eine Beratung der Berliner Truppen statt. Ich bitte daher, die Entscheidung bis dahin hinauszuschieben.

Geyer: Eine Vertagung hieße Verschleppung der Sache und Förderung der Gegenrevolution. Vorsitzender Leinert teilt mit, daß die gestrige Abordnung der Gardetruppen wiedererschienen ist. Sie wünsche mit Vertretern der Fraktionen zu verhandeln. Ihre Forderungen wolle sie abändern. Es wird beschlossen, die Weiterberatung auszusetzen, bis das Ergebnis der Beratung mit den Soldaten vorliegt. Darauf wird in der Abstimmung der gestern gestellte Schlußantrag auf Schluß der Beratung über die Berichte des Vollzugsrats und des Rats der Volksbeauftragten angenommen. Die Verhandlungen werden um 10 Minuten vertagt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilt der Vorsitzende mit, daß

wieder einige Abordnungen,

darunter Vertreter der Berliner Arbeiter, erschienen seien, die drohen, daß sie, falls man sie nicht vorlasse, morgen mit 250000 Arbeitern die Arbeit niederlegen wollten. Das gleiche Recht wie die Berliner müßten alle deutschen Arbeiter haben und die Beratungen fortgesetzt unterbrechen können. Wohin käme man, wenn auch die Eisenbahner in den Werkstätten und in dem Verkehr die Arbeit einstellten und hierher kommen würden? Das sei nicht zu verantworten. (Lebhaftes Bravo.) **Der Kongreß arbeite im Namen der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands.** (Lebhafte Zustimmung.)

Es wird fast einstimmig beschlossen, für die Empfänge von Abordnungen einen besonderen Saal zur Verfügung zu stellen. In diesem Augenblick erscheint eine große Arbeiterabordnung im Saale. Sie trägt Plakate und rote Fahnen.

Vorsitzender Leinert macht die Abordnung auf den soeben gefaßten Beschluß aufmerksam und bittet sie, sich damit zu bescheiden. Der Führer der Abordnung versucht zu sprechen, wird aber von dem großen Lärm und der Glocke des Präsidenten übertönt. **Schließlich versteht sich der Vorsitzende dazu, diesmal noch die Forderungen der Arbeiterschaft anzuhören.** Nachdem der Führer die Forderungen vorgetragen hat, verläßt die Abordnung allmählich den Saal.

Nunmehr erhält

Richard Müller

das Schlußwort zum Bericht: Die Delegierten scheinen mit vorgefaßter Meinung hierher gekommen zu sein. Daß Landsberg dem Vollzugsrat die Angelegenheit der Verhaftung der Großindustriellen in die Schuhe schiebt, beweist nur, daß ihm jedes Mittel recht ist. (Widerspruch.) Daß die Unabhängigen das Wolffbureau besetzt hätten, ist unrichtig. Der Zusammenschluß der 40 Funkenstationen wurde vorbereitet. Eine Kontrolle der Funksprüche ist aber dringend notwendig. Die Nachrichtenämter sind noch von Offizieren besetzt. Wir haben geglaubt, die Revolution sichern zu müssen. Wir werden auf dem als richtig erkannten Wege weiter gehen.

Volksbeauftragter Dittmann: Der Vollzugsrat hat bei den Truppen keine Autorität. Eine Vereidigung der Truppen auf ihn hätte das Gegenteil erreicht von dem, was erzielt worden ist. Die Eidesformel ist nach dem Vorschlage Landsberg-Haase einstimmig beschlossen worden. Dem Antrage Ledebours auf Absetzung Eberts stimmten von 25 Mitgliedern des Vollzugsrats nur 5 zu. (Hört, hört!) Gegen Gegenströmungen müssen wir achtsam sein. Die Nationalversammlung ist das große Ziel. Es handelt sich nicht um ein Parlament, sondern um eine Versammlung, die die Grundgesetze für die Sicherung der Errungenschaften der Revolution schafft. Wenn das Proletariat seine Interessen wahrnehmen will, so muß es sich bei den Wahlen zusammenschließen zum Kampfe gegen den Kapitalismus. Es wird heißen: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! (Brausender Beifall.)

In einer persönlichen Bemerkung wendet sich Scheidemann gegen Richard Müller und bemerkt unter anderem: Im W. T. B. wurden unsre Meldungen von der andren Seite kontrolliert. Das ging nicht an. Das dicke Ende kam mit einer Rechnung über 30000 Mark nach. Wir hätten lieber gehandelt, wenn wir gegen diese Wirtschaft nicht Einspruch erhoben hätten. Um 2¼ Uhr tritt Mittagspause ein.

Die Nachmittagssitzung.

Der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte nahm die Verhandlungen in der Nachmittagssitzung um 4.35 Uhr wieder auf. Es wurde zunächst über die vorliegenden Anträge abgestimmt. **Ein Antrag** der bürgerlichen Presse, nur vierprozentige Verzinsung des Anlagekapitals zuzulassen und den Rest den Reichskassen zu überweisen, wurde an den Vollzugsrat verwiesen. Angenommen wurde ein Antrag auf Entwaffnung der Gegenrevolution, baldige Befreiung der Kriegsgefangenen, Uebertragung der gesetzgebenden und exekutiven Gewalt an den Rat der Volksbeauftragten bis zur Nationalversammlung, Ueberwachung des Reichs- und preußischen Kabinetts, Besetzungs- und Absetzungsrecht der Reichs- und Landesämter durch die Volksbeauftragten; bei Berufung der Fachminister ist der Zentralrat zu hören. Angenommen wird weiter ein Antrag, daß dem Vollzugsrat die Kassenlegung der Arbeiter- und Soldatenräte vorzulegen ist.

Abgelehnt wurden unter anderm die Anträge auf Aufhebung des Grenzschutzes, ebenso ein Antrag, der besagt, daß die Tätigkeit der Volksbeauftragten auf Vernichtung der Macht der Arbeiter- und Soldatenräte hinauslaufe und der Gegenrevolution diene. Ueber einen Antrag Laufenberg, der den Arbeiter- und Soldatenräten die politische Gewalt, das Kontrollrecht, Besetzungs- und Absetzungsrecht gegenüber der Exekutive überträgt und völliges Ausscheiden der bürgerlichen Regierungsmitglieder verlangt, wird nach Prüfung der Mandate namentlich abgestimmt werden. Es folgte die Beratung der Soldatenanträge.

Volksbeauftragter Haase berichtete kurz über die Verhandlungen mit den Soldaten.

Beigeordneter im Reichsmarineamt Noske: Beim Marineamt besteht der Wunsch, so bald wie irgend möglich mit der Mannschaftsentlassung fortzufahren. Der 53er-Ausschuß verlangsamt die Geschäfte in ungünstiger Weise. Er soll nun noch um weitere elf Mitglieder verstärkt werden. (Hört, hört!) Ein Marinemitglied erklärte demgegenüber, die Offizierstation ist mit dem 53er Ausschuß keineswegs einverstanden.

Die von einer frei gebildeten Kommission beschlossene Fassung der Soldatenanträge, die im allgemeinen dem früheren Antrage entspricht, wurde angenommen. Ein Antrag wurde den Volksbeauftragten überwiesen, der besagt, daß in den Garnisonen die Kommandogewalt in der Hand der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte liegen soll. **Ein Antrag auf Verminderung des 53er-Ausschusses wurde nahezu einstimmig angenommen.**

Es folgte der Bericht der Mandatsprüfungskommission. Die Kommission beantragte, 442 **Mandate für gültig zu erklären und 72 zu kassieren.** Die Versammlung beschloß, von den beanstandeten Mandaten sechs an die Kommission zurückzuverweisen und zwei für gültig zu erklären. Darauf wurde die Weiterberatung **auf morgen 9 Uhr vertagt.** Schluß gegen 8¼ Uhr.

Unbefugte Delegierte.

Berlin, 18. Dezember. Wie der Abend-Vorwärts meldet, steht es schon jetzt fest, daß ein Teil der Soldatendelegierten, die gestern in die Sitzung des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte eindrangen und sofortige Abstimmung über ihre Forderung verlangten, **sich das Recht, im Namen irgendwelcher Truppenteile zu sprechen, angemaßt hatten.**

•

Berlin, 18. Dezember. Die ordnungsgemäß von den Ersatztruppenteilen des Gardekorps gewählten Delegierten erklären hiermit vor aller Oeffentlichkeit, daß sie keinen Anteil haben an der am 17. Dezember 1918 der Regierung von einer angeblichen Deputation einzelner Truppenteile abgegebenen Erklärung im Kongreß der A.- und S.-Räte im Abgeordnetenhause. Sie stellen dementsprechend fest, daß die Truppen des Gardekorps nach wie vor geschlossen hinter der Regierung Ebert-Haase stehen und die eingebrachte Entschließung nicht der Stimmung in der Truppe entspricht. Einzelne Regimenter haben bereits geschlossen gegen diese Entschließung protestiert.

Die wirtschaftlichen Verbände an die Reichskonferenz.

tu. **Berlin, 17. Dezember.** Die unterzeichneten wirtschaftlichen Zentralverbände ersuchen die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte dringend, zur Errettung der deutschen Volkswirtschaft vor dem völligen Zusammenbruch die Wahlen zur Nationalversammlung schleunigst, spätestens in der ersten Hälfte des Januar stattfinden zu lassen. Der Wiederaufbau unsres Wirtschaftslebens, möglichst und lohnende Beschäftigung von Arbeitern und Angestellten ist nur bei sofortiger Herstellung geordneter Verhältnisse durchführbar. Zur Erhaltung unsres wirtschaftlichen und finanziellen Kredits im Auslande, zur Erhaltung unsres Außenhandels sowie zu dessen möglichster Hebung ist dringend die Schaffung geordneter, durch die Nationalversammlung zu regelnder staatlicher Verhältnisse erforderlich. Jeder Tag, der versäumt wird, um durch die Nationalversammlung innere Ruhe und Ordnung auf bestätigter Rechtslage dauernd zu sichern, bedeutet einen unwiederbringlichen wirtschaftlichen Verlust. Die unterzeichneten Zentralverbände ersuchen um Rückäußerung an den Hansabund, bis zu welchem frühesten Termin die Einberufung der Nationalversammlung durchgeführt werden könnte. Arbeitsgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. Deutscher Industrierat. Handelstag. Deutscher Landwirtschaftsrat. Hansabund für Gewerbe und Handel und Industrie. Innungsausschuß der vereinigten Innungen. Kriegsausschuß der deutschen Industrie. Zentralverband des Bank- und Bankiergewerbes. Zentralverband des deutschen Großhandels. Zentralverband der Privatversicherung. Zentralstelle des Transportgewerbes.

Friedensverhandlungen in der ersten Hälfte des Januar?

Eine Note der Agence Havas erklärt, daß die Friedensverhandlungen wahrscheinlich in der ersten Hälfte des Monats Januar beginnen werden. Daily News schreibt: Die grundlegenden Argumente der amerikanischen Delegation in Paris werden folgende sein: 1. Der Völkerbund müßte einen Teil des Friedensprogramms bilden. 2. Die Freiheit der Meere muß eines der hauptsächlichsten Prinzipien sein, die durch den Bund festgesetzt werden, damit Amerika nicht eine Flotte bauen muß, die groß genug ist, um Sicherheit gegen jedes willkürliche Vorgehen durch das eine oder andre Volk zu schaffen. 3. Die gerechten Ansprüche, die Deutschland gestellt werden müssen, sollen festgesetzt werden. Es muß bestimmt werden, wie weit und auf welche Weise Deutschland bezahlen kann und muß. 4. Die Präliminarverhandlungen können vertraulich sein. Aber die Endbeschlüsse der Konferenz müssen öffentlich gefaßt werden. 5. Alle Friedensdelegierten müssen als Vertreter einer neuen Welt, nicht als deren Beherrscher zusammenkommen. Jede andre Haltung würde einen Frieden bedeuten, der Haß hinterläßt, aus dem dann wieder neue Kriege entstehen können.

Wie verlautet, sind die amerikanischen Delegierten dafür, Deutschland in den vorgeschlagenen Völkerbund aufzunehmen, wenn auch unter der Bedingung einer Probezeit. Es wird von einem schon fertig ausgearbeiteten Programm Lloyd Georges, Clemenceaus und Orlandos gesprochen. Aber man nimmt an, daß ihre Verabredungen einen vorläufigen Charakter und den Zweck haben, eine feste Grundlage für die Beratungen zu schaffen. Wie verlautet, behandeln diese Verabredungen u. a. auch die Frage der Schadenvergütung.

•

Die Zugänge zu Norddeutschland.

Bern, 17. Dezember. Zur neuen Waffenstillstandsklausel über die Besetzung der neutralen Zone nördlich Köln schreibt der Matin: Durch die Durchführung dieser Bestimmung werden alle Zugänge zu Norddeutschland der Kontrolle der Alliierten unterstellt. Deutschland wird sich um so nachgiebiger zeigen, je größer unsre Garantien sein werden. Der Temps hält die neuen Garantien nicht für einen Augenblicksvorteil. Wenn man heute die Sicherungen der Alliierten erhöhe, so gestatte man ihnen, auch ruhiger über die Friedensprobleme nachzudenken und Deutschland die von ihnen getroffenen Lösungen leichter aufzuzwingen. Das Blatt erinnert dann schließlich daran, daß neben Deutschland auch Rußland besiegt sei, und meint, daß eine Besetzung der neutralen Zone eine genaue Beobachtung der Vorgänge in Rußland keineswegs überflüssig mache.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19181219/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG